

Liebe Stuttgarter, Landsleute, Mitbürger... Montagsdemonstration, 5. September 2011

Welche Rolle spielen wir hier? Wird uns zugemutet, nicht nur als Bewahrer des Kopfbahnhofs, des Schlossparks, des wertvollen Mineralwassers zu demonstrieren sondern nun auch noch als Bewahrer unseres Rechtslebens, Schützer unserer Verfassung, unsres Grundgesetzes?

Wir haben mit unserem Rechtsstaat ein hohes Gut, es ist es wert bewahrt zu werden. Dabei haben wir Stadträte, Abgeordnete, Minister und einen Ministerpräsidenten, die in besonderem Maße Verantwortung für unsere Rechtsordnung tragen, die gar einen Eid auf die Verfassung geleistet haben. Wie schlimm, wenn die hier versagen, wenn Bürger die gewählten Verantwortlichen an Ihre Verantwortung erinnern müssen!

In welchem Zustand ist unser Rechtsstaat, wenn ein Unternehmen, eine Aktiengesellschaft Deutsche Bahn mit offensichtlich von vorneherein unzutreffenden Zahlen Verträge mit Stadt, Land und Bund erreicht, die dann von Bürgermeister und Ministern strikt eingehalten werden. Jeder Betroffene, jedes Unternehmen würde doch versuchen, wegen arglistiger Täuschung die Nichtigkeit solcher Verträge per Gerichtsentscheid erreichen. Nicht so unsere gewählten Vertreter: Sie schließen Verträge, halten Verträge ein, die wahrscheinlich vor den Gerichten keinen Bestand haben würden!

Lassen Sie mich dazu anmerken, dass ja die Kostendaten, die die DB vorlegte, stets nur dem aktuellen Jahr, nicht dagegen den geplanten Baujahren entsprechen: Eine Bau- und Planungszeit von 15 Jahren ergibt bei Bauvolumina von 5 Milliarden leicht Mehrkosten von 500 oder mehr Millionen Euro. Der Stresstest basiert auf Fahrplänen, die bislang nicht kalkulierte Anlagen benötigen und war daher eigentlich unseriös. Die Risiken, die der frühere Projektleiter auflistete, summieren sich auf 1 bis 2 Milliarden Euro!

Ganz schlimm, ja katastrophal wäre es, wenn, wie namhafte Experten versichern, Stadt und Land mit diesen Verträgen Verfassungsbruch begingen. Die Süddeutsche – im Besitz eines Stuttgarter Verlegers -- berichtete darüber unter dem bemerkenswerten Titel „Schwäbische Schweinereien“, der „stern“ hat es am vergangenen Donnerstag auf den Punkt gebracht: Ihr Ministerpräsident hat vor der Wahl in einem Gutachten feststellen lassen, dass die Verträge gegen das Grundgesetz verstoßen: Konsequenz erklärte er, dass er deswegen keine Zahlungen an die DB leisten werde, ja dass er früher gezahlte Beträge zurückfordern werde. Statt die Verfassungswidrigkeit und damit die Nichtigkeit der Verträge vom Verfassungsgericht feststellen zu lassen: Was tut er, nachdem Sie ihn gewählt haben: Er zahlt!

Das kostet uns allen Milliarden Euro! Das kostet Glaubwürdigkeit und Vertrauen! Das kostet Ansehen unseres Rechtsstaates! Ja, dieses Verhalten setzt die Zukunft unseres Rechtsstaates aufs Spiel – nicht nur die Bäume hier und das Mineralwasser und die Lebensqualität dieser Stadt!

Sind die Verträge nichtig, würde dies aus einem der genannten Gründe per Gerichtsentscheid festgestellt, müsste jeder die ihm entstandenen Kosten tragen... die Bahn ihre Planungs-, Abbruch und Wassermanagementaufwendungen, Bund, Land und Stadt nur ihre internen Kosten. Der geplante Volksentscheid führt dazu, dass bei einem Abbruch das Land für die Kosten der Bahn zu haften hätte – unfassbar, wenn tatsächlich sich eine Aktiengesellschaft über unrechtmäßige Verträge sich der Staatsfinanzen bedienen könnte!

Die DB AG agiert konsequent: Sie ist eine AG, soll Gewinn erzielen: Steuergelder machen das leichter als der Markt und qualifizierte Kundenbetreuung!

Die Bürger dieses Landes -- mit einer Größenordnung von 50 Tausend Euro je Steuerzahler in Stadt, Land und Bund horrend verschuldet -- machen sich mehr und mehr Sorgen, wie denn diese Schulden je abgetragen werden können. Deren gewählte Vertreter meinen, dass weitere 1000, 2000, 3000 Euro pro Steuerbürger nun auch nichts mehr ausmachen und beschließen, die Stadt zu untergraben. Koste was es wolle! 4,5 Milliarden, es können auch 6 oder 7 werden -- gemäß den Verträgen haftet die DB AG für keinen Betrag, für keinen Fertigstellungstermin!

Die Katastrophe ist absehbar: Wenn die 4,5 Milliarden verbaut sind, hat die Stadt entsetzliche Wunden, abgerissene Bahnhofsflügel, Baugruben, halbfertige Rohbauten, Stadt, Land und Bund stehen wegen horrender Schulden vor der Zahlungsunfähigkeit, die DB AG darf ebenfalls keine weiteren Zahlungen leisten, da das Projekt unwirtschaftlich ist und der Vorstand sich ggf. der Untreue schuldig machen würde.

Was bewegt die Verantwortlichen, die Existenz des Rechtsstaates, die Solidität der Staatsfinanzen, das Wohl der Stadt hier aufs Spiel zu setzen?

Die behaupteten Nutzen eines besseren Bahnverkehrs und von Bauflächen lassen sich mit einem Bruchteil der Kosten leichter und schneller erreichen: Der Flughafen könnte bereits jetzt mit direkten Zügen aus mehreren Richtungen über die Gäubahn erreicht werden, für weitere Beton- oder Glassilos gibt es genügend Brachflächen, Wohnungen könnten auch auf dem entbehrlichen Bahngelände in Untertürkheim gebaut werden.... Nach Ulm in 26 Minuten – und das für 5 Milliarden Euro: Die geplante Neubaustrecke erfordert Jahr für Jahr 200 Millionen Euro Steuergelder zum Erhalt und Betrieb! Ein Staat, der sich so etwas leistet, muss irgendwann bankrottgehen!

Da es keine rationalen Gründe für dieses Wahnsinnprojekt gibt, muss die Frage erlaubt sein: Handelt es sich hier um einen offensichtlich kollektiven Wahn, quasi um eine Epidemie des Wahnsinns? Um Geltungssucht gespeist aus Minderwertigkeitsgefühlen?

Helfen Sie mit, der Vernunft, der echt schwäbischen Tugend „Vernunft“ zum Sieg zu verhelfen, sprechen Sie mit Stadträten und Abgeordneten, schaffen Sie weiter daran, Recht, Gesetz und Verfassung dieses Landes zu erhalten: Alle Bundesbürger werden es Ihnen danken!

karl-dieter bodack
kd.bodack@gmx.de